Stadt Osnabrück

P r o t o k o l l

über die öffentliche Sondersitzung

des Bürgerforums Dodesheide, Haste, Sonnenhügel (25)

am Mittwoch, 17.02.2016 Dauer: 19:30 Uhr bis 21:50 Uhr
Ort: Schulzentrum Sonnenhügel (EMA-Forum), Knollstraße 143

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung:	Herr Oberbürgermeister Griesert
von der Verwaltung:	Herr König, Leiter Eigenbetrieb Immobilien- und Gebäudemanagement
	Herr Kunze, Leiter Fachbereich Integration, Soziales und Bürgerengagement
	Herr Freisel, Fachbereich Integration, Soziales und Bürgerengagement/ Leiter Fachdienst Bürgerengagement und Seniorenbüro
	Herr Sabelhaus, Fachbereich Integration, Soziales und Bürgerengagement/ Fachdienst Integration
Moderation	Frau Schiltmeyer, Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familie
	Frau Steinkamp, Fachbereich Integration, Soziales und Bürgerengagement
von der Stadtwerke Osnabrück AG:	Frau Klusmann, Stadtwerke Osnabrück AG/Bäderbetrieb (Nettebad)
Gäste	Herr Dirks, Geschäftsführer Evangelische Jugendhilfe Osnabrück
	Herr Haake, Geschäftsführer Diakonisches Werk Osnabrück
	Herr Polizeirat Wechsel, Polizeiinspektion Osnabrück
Protokollführung:	Frau Hoffmann und Herr Gödecke, Referat Strategische Steuerung und Rat

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1	Stadtentwicklung im Dialog
	a) Unterbringung von Flüchtlingen am Limberg
2	Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)

Herr Oberbürgermeister Griesert begrüßt ca. 130 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder Frau Brandes-Steggewentz, Herrn Cheeseman, Frau Jabs-Kiesler, Herrn Lanver, Herrn Meimberg, Frau Pieszeck, Herrn Schrader, Frau Strangmann, Frau Wachtel.

1. Stadtentwicklung im Dialog

1 a) Unterbringung von Flüchtlingen am Limberg

Herr Oberbürgermeister Griesert erläutert zunächst die aktuelle Entwicklung in Bezug auf die Flüchtlingssituation in der Stadt Osnabrück. Er berichtet, dass von Seiten der Stadt bislang etwa 2500 Flüchtlinge aufgenommen worden seien. Im Stadtgebiet seien außerdem in einigen Einrichtungen des Landes wie beispielsweise der Erstaufnahmeeinrichtung am Natruper Holz weitere Flüchtlinge untergebracht. Nach den aktuellen Informationen solle die Stadt in diesem Jahr 1600 weitere Flüchtlinge aufnehmen. Die genaue Entwicklung sei jedoch nicht absehbar. Die ersten etwa 800 Flüchtlinge sollen nach aktuellem Sachstand bis zum 31. März untergebracht werden.

Aufgrund dieser Situation sei die Stadtverwaltung dauerhaft bemüht, menschenwürdige und angemessene Unterbringungsmöglichkeiten zu finden und bereitzustellen. Aufgrund der nicht absehbaren Entwicklung der Flüchtlingssituation werde versucht, auch im Voraus bereits mögliche Unterbringungsmöglichkeiten zu akquirieren, um auf kurzfristige Entwicklungen reagieren zu können. Er legt dar, dass die zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung mittlerweile eine große Erfahrung in Bezug auf die Anforderungen von Wohnungen und Unterkünften gesammelt hätten.

Frau Schiltmeyer stellt das Moderationsteam und den Ablauf der Sitzung kurz vor. Sie übernimmt zusammen mit Frau Steinkamp die Moderation der Veranstaltung. Zu Beginn werde zunächst von Seiten der Verwaltung und der anwesenden Gäste über die geplante Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf dem ehemaligen Kasernengelände am Limberg berichtet. Im Anschluss daran können die anwesenden Bürger Fragen zu der Thematik stellen.

Frau Steinkamp stellt die anwesenden Mitarbeiter der Verwaltung und die Gäste vor.

Herr König stellt anhand eines Lageplanes das Gelände und die derzeit vorhandenen Gebäude vor. Derzeit sei das gesamte Areal im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Perspektivisch sei von Seiten der Stadt eine Entwicklung des Geländes zu einer Nutzung für gewerbliche und sportliche Zwecke vorgesehen. Aktuell gebe es auf dem ehemaligen Kasernengelände verschiedene Zwischennutzungen. Er erläutert anhand eines weiteren Lageplanes (siehe Anhang) die verschiedenen Zwischennutzungen und die vorgesehenen Standorte der Flüchtlingsunterkünfte.

Die Flüchtlingsunterkünfte sollen vorrangig in einigen Gebäuden eingerichtet werden, die ursprünglich als Mannschaftsunterkünfte genutzt worden seien (im Lageplan im Anhang mit einem großen Kreis markiert). Er berichtet, dass die Mannschaftsunterkünfte derzeit vorbereitet und saniert werden. Unter anderem werde eine Schimmelsanierung durchgeführt, die Elektrik und die Sanitärbereiche würden hergerichtet und die Heizungsanlagen bereitgestellt. Nach dem gegenwärtigen Zeitplan sei der Abschluss der Sanierungsarbeiten für circa Mai/Juni 2016 vorgesehen. Im Anschluss daran werde mit der Einrichtung der Gebäude begonnen. Er stellt anhand von Fotos den aktuellen Zustand der Unterkünfte vor.

Herr Kunze legt dar, dass die Stadtverwaltung bereits in der Vergangenheit, beispielsweise in den 90er Jahren, Erfahrungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen sammeln konnte. Aufgrund dieser Erfahrungen habe auch die seit 2011 erfolgende Unterbringung und

Versorgung von Flüchtlingen weitgehend problemlos organisiert werden können. Er berichtet, dass es derzeit im gesamten Stadtgebiet etwa 20 städtische Unterkünfte verschiedener Größe für Flüchtlinge gebe. Aufgrund der zum Teil sehr kurzfristigen Zuweisung der Flüchtlinge durch das Land sei die ausgewogene Belegung der Unterkünfte eine Herausforderung. Es werde von Seiten der Stadt ein großer Stellenwert auf die Sozialstruktur in den Unterkünften gelegt, um mögliche Konflikte von vornherein zu vermeiden. Es werde unter anderem darauf geachtet, Familien möglichst gemeinsam unterzubringen. Oftmals sei auch eine Unterbringung bei Landsleuten oder Verwandten der Flüchtlinge möglich, die bereits in Osnabrück wohnen.

Er berichtet, dass es nicht absehbar sei, wie sich die Situation weiter entwickelt und insbesondere könnten keine Aussagen darüber getroffen werden, wie viele Flüchtlinge und aus welchen Ländern in Zukunft nach Deutschland und nach Osnabrück kommen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Situation in den verschiedenen Krisengebieten und die Verhandlungen auf EU-Ebene über die in der Berichterstattung in den Medien regelmäßig berichtet werde. Er erläutert, dass in den letzten Monaten hauptsächlich Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak nach Deutschland gekommen seien. Er betont, dass es sich bei den Flüchtlingen um Menschen handele, von denen viele schreckliche Erfahrungen gemacht hätten.

Er legt dar, dass die zukünftige Entwicklung der Flüchtlingszahlen zwar nicht absehbar sei, jedoch werde derzeit für 2016 von einer weiteren Zuweisung von 1600 Flüchtlingen nach Osnabrück ausgegangen. Deshalb sei die Stadtverwaltung bemüht, vorsorglich weitere Unterkünfte zu organisieren und bereitzustellen. Beispiele hierfür seien die Unterkünfte in der Käthe-Kollwitz-Schule und die geplanten Unterkünfte auf dem ehemaligen Kasernengelände am Limberg. Er betont, dass die Unterkünfte nur sukzessive und nicht auf einen Schlag belegt werden sollen. Derzeit werde von einer maximalen Belegungskapazität von 400 Personen für diese Unterkünfte ausgegangen. Er stellt jedoch klar, dass diese maximal mögliche Belegung wahrscheinlich nicht ausgereizt werden solle.

Aufgrund der derzeit stattfindenden Sanierungsarbeiten könnten die Unterkünfte am Limberg frühestens ab Mai/Juni 2016 belegt werden. Lediglich eine Unterkunft mit der Gebäudenummer 41 (siehe Lageplan im Anhang, kleiner Kreis) könne schon eher belegt werden, da diese schon bezugsfertig sei.

Er erläutert, dass für den Standort der Flüchtlingsunterkünfte am Limberg vorgesehen sei, einen Sozialdienst einzurichten. Außerdem solle ein Rettungssanitäter und ein technischer Hausmeister angestellt werden, sodass in den Zeiten von 08:00-19:00 Uhr möglichst eine Ansprechperson vor Ort sei. Falls es zu einer stärkeren Belegung der Einrichtung kommen sollte, müsse eventuell noch mal über eine Aufstockung des Personals diskutiert werden. Die Anstellung eines Sicherheitsdienstes für den Standort werde derzeit als nicht erforderlich angesehen. Wenn es zu Problemen kommen sollte, werde situativ über die Einstellung eines Sicherheitsdienstes entschieden.

Er erklärt, dass sich Bürger und Anwohner möglichst bei der Stadtverwaltung melden sollten, falls Probleme im Zusammenhang mit der Unterbringung der Flüchtlinge auftreten sollten. Er betont jedoch, dass bislang bei der Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet kaum negative Erfahrungen sondern vorrangig positive Erfahrungen im Kontakt mit Bürgern und Anwohnern gemacht worden seien. Beispielsweise seien von Osnabrückern Spenden für Flüchtlinge gesammelt worden und Nachbarschaftsfeste gemeinsam mit Flüchtlingen durchgeführt worden. Auch der Stadtsportbund und einzelne Sportvereine seien aktiv.

Er weist darauf hin, dass die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen geplant sei, und die Einrichtung von Büros für den Sozialdienst und die Mitarbeiter vor Ort. Auf diese Räume werde voraussichtlich durch eine entsprechende Beschilderung hingewiesen. In den Räumen könnten dann eventuell auch Treffen mit ehrenamtlichen Helfern organisiert werden

und interessierte Bürger könnten die Mitarbeiter dort ansprechen. Er betont, dass die übrigen Unterkünfte die Privatwohnungen der Flüchtlinge seien und deren Privatsphäre geachtet werden solle.

Er legt dar, dass bei der Belegung der Unterkünfte soweit möglich darauf geachtet werde, dass auch Flüchtlinge vor Ort seien, die schon längere Zeit in Deutschland seien und den übrigen Flüchtlingen durch ihre Orts- und Sprachkenntnisse Hilfestellungen geben könnten. Er erklärt, dass sich die Flüchtlinge in den Unterkünften selbst versorgen sollen und es keinen Cateringdienst oder ähnliches geben werde. Bisher seien mit dieser Vorgehensweise gute Erfahrungen gemacht worden.

Er berichtet, dass die Stadtverwaltung daneben auch weiterhin auf der Suche nach weiteren geeigneten Wohnungen für Flüchtlinge sei. Der Wohnungsmarkt in Osnabrück sei zwar begrenzt, jedoch gebe es immer wieder Angebote von Bürgern, die Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bereitstellen wollen. Diese Wohnungen würden dann jeweils von Mitarbeitern der Stadtverwaltung geprüft.

Herr Sabelhaus erklärt, dass das Büro der Integrationsbeauftragten damit befasst sei, die Integration von Flüchtlingen in Osnabrück zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sei vor drei Jahren ein Konzept zur Integration und Wohnraumversorgung von Flüchtlingen erstellt worden. Auch aufgrund dieses Konzeptes sei die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen in Osnabrück im bundesweiten Vergleich sehr gut organisiert. Er legt dar, dass in der Vergangenheit bereits wiederholt größere Anzahlen von Flüchtlingen in Osnabrück und in Deutschland aufgenommen werden mussten. Aus diesem Grund sei die Verwaltung sehr erfahren in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen.

Er berichtet, dass es ein Konzept zur nachbarschaftlichen Kommunikation gebe, um den nachbarschaftlichen Kontakt zwischen Anwohnern und Flüchtlingen zu fördern. Auch für die Unterkünfte am Limberg solle hierzu ein entsprechendes Konzept entwickelt werden.

Er legt dar, dass es in der Stadtverwaltung einen Koordinierungsstab gebe, welcher sich mit allen Fragen befasse, die sich im Zusammenhang mit der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen stellen. Dem Koordinierungsstab würden Mitarbeiter der verschiedenen Fachbereiche angehören, die für die Beantwortung der auftretenden Fragen gemeinsam versuchen, geeignete und ressourcenschonende Lösungen zu finden.

Er berichtet, dass die Rückmeldungen aus der Flüchtlingssozialarbeit bislang überwiegend positiv seien. Die meisten Flüchtlinge seien dankbar für die Aufnahme. Probleme die auftreten würden seien Einzelfälle.

Er erklärt abschließend, dass die Stadt Osnabrück bei der Integrationsarbeit gut aufgestellt sei und bittet die anwesenden Bürger, gemeinsam für eine gute Versorgung der ankommenden Menschen zu sorgen.

Herr Freisel berichtet, dass es in Osnabrück ein hohes, ehrenamtliches Engagement gebe. Für interessierte Bürger bestehe die Möglichkeit, sich auf der Homepage der Stadt Osnabrück unter der Überschrift „Helfen, aber wie?“ oder direkt bei der Freiwilligen-Agentur zu informieren. Er weist darauf hin, dass es bereits viele verschiedene Möglichkeiten gebe, sich zur Unterstützung von Flüchtlingen einzubringen. Beispiele seien Sprachförderung, Wohnungsumzugshilfe, Begleitungstandems - beispielsweise bei Einkäufen oder Behördengängen - oder Sportprojekte.

Er weist darauf hin, das interessierte Bürger auf der Homepage der Stadt Osnabrück[1] einen Steckbrief ausfüllen können, in welchem auch angegeben werden kann, welche

[1] www.osnabrueck.de/ehrenamtliche-fluechtlingsarbeit.html

Unterstützung man gerne leisten möchte. Derzeit sei vorgesehen, zusammen mit der Caritas eine „Anpacker-App“ zu entwickeln, um die Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit weiter zu verbessern. Er berichtet, dass neben Privatpersonen auch viele Vereine aktiv seien und Angebote für Flüchtlinge anbieten würden. Ein Beispiel vor Ort sei der SSC Dodesheide.

Ein Bürger möchte wissen, warum in den bestehenden Gebäuden die Heizungsanlagen erneuert werden müssten. Er fragt außerdem, ob die Stadt Eigentümerin der Unterkünfte sein werde, oder diese nur betreiben werde. Er erkundigt sich weiterhin, ob der um das Kasernengelände verlaufende Zaun abgebaut werde.

Herr König erklärt, dass die Heizungsanlagen erneuert werden müssten, weil die vorhandenen Heizungsanlagen im Zuge des Abzugs der britischen Streitkräfte von der Fernwärme abgekappt worden seien. Die Unterkünfte würden vorerst kostenlos von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben angemietet. Auch ein Großteil der erforderlichen Investitionskosten für die Herrichtung der Unterkünfte werde vom Bund übernommen. Dies sei eine vorteilhafte Regelung für die Stadt.

Er berichtet weiterhin, dass der Zaun um das Gelände vorerst bestehen bleiben werde. Es werde jedoch der auf dem Zaun vorhandene „Natodraht“ entfernt. Der Zugang zu dem Gelände solle zunächst vorrangig über den Haupteingang erfolgen.

Frau Brandes-Steggewentz möchte wissen, wie Familien und allein reisende Frauen untergebracht werden sollen.

Herr Cheesemann spricht das Thema Ernährung an. Er erkundigt sich, ob ausreichend Kochmöglichkeiten für alle Bewohner der Unterkünfte vorhanden sein werden und ob über eine Versorgung durch einen Cateringdienst nachgedacht worden sei.

Ein Bürger fragt, bei wie vielen der im Stadtgebiet untergebrachten Flüchtlinge bereits der Asylantrag genehmigt worden sei und wie viele Flüchtlinge arbeiten können. Er legt dar, dass die Flüchtlinge sich voraussichtlich eigene Wohnungen suchen würden, sobald sie arbeiten würden.

Herr Lanver spricht das Thema Sprachanbahnung an. Er weist darauf hin, dass viele offizielle Sprachkurse lange Wartelisten hätten. Für die Teilnahme an einem Deutschkurs bei der VHS müssten Flüchtlinge zum Teil bis zu ein Jahr warten. Er betont, dass das Erlernen der Sprache eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sei und den Flüchtlingen möglichst schnell die Möglichkeit gegeben werden sollte, Deutsch zu lernen. Er weist abschließend darauf hin, dass den Flüchtlingen nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Ein Bürger fragt, wie lang die voraussichtliche Verweildauer der Flüchtlinge in den Unterkünften sein werde.

Herr Kunze erklärt, dass ausreichend Kochgelegenheiten in den Unterkünften vorhanden sein werden. Er legt dar, dass auch in anderen städtischen Unterkünften eine Selbstversorgung der Flüchtlinge üblich sei und hiermit bisher gute Erfahrungen gemacht worden seien. Er erläutert, dass wenn allein reisende Frauen unter den Flüchtlingen seien, diese getrennt von männlichen Flüchtlingen untergebracht würden.

Er berichtet, dass die Stadtverwaltung derzeit in Kontakt mit der Bundesagentur für Arbeit stehe, um Daten zur Ermittlung der Arbeitsmarktsituation zu sammeln und einen Überblick zu ermöglichen. Es könne derzeit noch keine Auskunft zur Arbeitssituation der in Osnabrück lebenden Flüchtlinge gegeben werden.

Er bestätigt, dass das Erlernen der deutschen Sprache ein wichtiges und komplexes Thema sei. Derzeit würden die vorhandenen Angebote erfasst. Auch hier sei die Bundesagentur für Arbeit eingebunden. Des Weiteren würden Flyer verteilt, mit denen auf die vorhandenen Möglichkeiten zum Spracherwerb hingewiesen werde.

Er erklärt, dass zunächst die angemessene Unterbringung der Flüchtlinge oberste Priorität gehabt habe. Es werde jetzt sukzessive versucht, die bereits bestehenden Angebote beispielsweise zur Arbeitsmarktintegration und zum Spracherwerb zu verbessern und auszubauen.

Er erläutert, dass keine genauen Aussagen zur Unterbringungszeit der Flüchtlinge in den Unterkünften getroffen werden könnten. Er betont allerdings, dass die Unterkünfte nicht für eine dauerhafte Unterbringung vorgesehen seien.

Auf Nachfrage eines Bürgers zur Gewährleistung der Sicherheit betont Herr Kunze nachdrücklich, dass es sich bei den Flüchtlingen um freie Menschen in einem freien Land handele. Die Flüchtlinge hätten die gleichen Rechte und Pflichten wie alle Menschen in Deutschland.

Herr Oberbürgermeister Griesert erläutert, dass die Verweildauer der Flüchtlinge sehr unterschiedlich sei. Diese sei insbesondere davon abhängig, wie viel Zeit das Asylantragsverfahren in Anspruch nehme. Die Dauer des Antragsverfahrens sei unter anderem oft abhängig von dem Herkunftsland der Flüchtlinge. Flüchtlinge aus Syrien hätten eine hohe Anerkennungsquote und die Anträge würden dementsprechend beschleunigt bearbeitet. Asylanträge von Flüchtlingen aus dem Balkan hingegen würden nur in Einzelfällen anerkannt.

Er weist darauf hin, dass den Medien zu entnehmen gewesen sei, dass es beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen großen Rückstau bei der Bearbeitung der Asylanträge gebe. Aus diesem Grund müssten Flüchtlinge zum Teil längere Zeit auf die Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Er legt dar, dass Menschen unterschiedlich gut damit zurechtkommen würden, über längere Zeit in einer größeren Unterkunft untergebracht zu sein. Es gebe jedoch vor Ort Sozialarbeiter, welche die Flüchtlinge unterstützen.

Herr Freisel erläutert, dass mit dem Begriff „Sprachanbahnung“ Sprachkurse und Sprachlernangebote bezeichnet würden, bei denen es nicht um die Erwerbung eines Zertifikates über das erreichte Sprachniveau gehe. Dies gelte insbesondere für den von Ehrenamtlichen angebotenen Sprachunterricht. Er berichtet, dass derzeit eine Auflistung der im Stadtgebiet vorhandenen Angebote zum Spracherwerb erstellt werde.

Er weist auf das Angebot „Erste Schritte plus“ hin. Über die Bürgerberatung können Ehrenamtliche ein Buch und eine CD erhalten, welche als Unterstützung für ehrenamtliche Sprachlernhelfer gedacht ist. Sobald der Asylantrag eines Flüchtlings anerkannt sei, werde er in die Zuständigkeit des Jobcenters übertragen. Über das Jobcenter bestehe dann die Möglichkeit zur Teilnahme an Integrationskursen. Bei diesen Integrationskursen bestehe in der Regel die Möglichkeit ein Zertifikat zu erwerben.

Eine Bürgerin erklärt, dass sie eine Mutter eines Kindes sei, welches die auf dem ehemaligen Kasernengelände vorhandene KiTa besuche. Sie weist auf eine bereits durchgeführte Infoveranstaltung für die Eltern und Angestellten der KiTa hin und erklärt, dass weiterhin Unsicherheiten in Bezug auf die Einrichtung der Flüchtlingsunterkünfte auf dem Gelände bestehen würden. Sie möchte wissen, ob die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes auf dem Gelände vorgesehen ist.

Eine weitere Bürgerin erkundigt sich, ob unter den Flüchtlingen, die in den Unterkünften untergebracht werden sollen auch Kinder seien. Sie erkundigt sich, ob die Kinder die Möglichkeit erhalten werden KiTas oder Schulen zu besuchen.

Herr Kunze erklärt, dass das Thema Sicherheit bereits auf der angesprochenen Elternversammlung diskutiert worden sei. Er betont nachdrücklich, dass die Sicherheit auf dem Gelände gewährleistet ist. Er legt dar, dass die KiTa bereits jetzt von vielen Kindern mit Migrationshintergrund besucht werde. Wenn unter den Flüchtlingen Kinder seien, würden diese voraussichtlich die Möglichkeit erhalten werden, die Schulen und KiTas in der Umgebung zu besuchen.

Herr Wechsel gibt als Vertreter der Polizeiinspektion Osnabrück einige Informationen zum Thema Sicherheit. Er erklärt, dass es einen Unterschied zwischen der objektiven Sicherheit und der subjektiven Sicherheit gebe. Nach den Vorfällen in Paris und in Köln seien viele Menschen verunsichert. Hinzu komme, dass es insbesondere im Internet immer wieder Gerüchte über angebliche Vorfälle gebe. Diese würden allerdings in den allermeisten Fällen nicht der Realität entsprechen. Als Reaktion auf die bei vielen Menschen vorhandene Verunsicherung werde die Polizei verstärkt Präsenz zeigen und Aufklärung leisten.

Er betont, dass es sich bei den Personen, die derzeit nach Deutschland kommen würden nicht um Straftäter handele, sondern um Flüchtlinge. Er weist darauf hin, dass vor einigen Tagen die neue Kriminalstatistik veröffentlicht worden sei. Der Anteil der durch Flüchtlinge verübten Delikte sei verschwindend gering. Er berichtet, dass in der Flüchtlingsaufnahmeeinrichtung des Landes am Natruper Holz bis zu 600 Flüchtlinge untergebracht seien. Aus Sicht der Polizei habe es in dem Bereich bisher keine Auffälligkeiten gegeben. Das gleiche gelte für andere Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet.

Er berichtet, dass die einzigen schwereren Delikte im letzten Sommer in der Erstaufnahmeeinrichtung in Hesepe verzeichnet worden seien. Hierüber sei in den Medien berichtet worden. Er weist darauf hin, dass die Aufnahmeeinrichtung zu dem fraglichen Zeitpunkt massiv überbelegt gewesen sei. Er betont, dass der angesprochene Vorfall mit der Situation in Osnabrück nicht vergleichbar sei. Auch in dem Aufnahmelager in Hesepe habe es keine nennenswerten Vorfälle mehr gegeben, seitdem sich die Belegungssituation entspannt habe.

Er ruft dazu auf, Hinweise und Informationen zu Straftaten an die Polizei weiterzugeben. Er bittet jedoch auch darum, Gerüchte zu hinterfragen. Die Polizei habe in der Vergangenheit massiv Fehlinformationen über angeblich durch Flüchtlinge begangene Delikte erhalten, die sich bei der Überprüfung in den allermeisten Fällen als falsch herausgestellt hätten.

Herr Haake berichtet über seine Erfahrungen im Zusammenhang mit der Betreibung der Flüchtlingsaufnahmeeinrichtung des Landes am Natruper Holz. Er legt dar, dass in der Einrichtung ein Sicherheitsdienst angestellt sei. Allerdings sei die Situation in einer Erstaufnahmeeinrichtung eine andere, als bei den längerfristig ausgerichteten Unterkünften der Stadt. Nach den bisherigen Erfahrungen gebe es auch in der Erstaufnahmeeinrichtung nur vereinzelte Konflikte unter den Flüchtlingen. Er erläutert, dass viele Flüchtlinge schreckliche Erlebnisse hinter sich hätten und daher in einer schwierigen Lebenssituation seien. Aus diesem Grund sei der Respekt gegenüber den untergebrachten Menschen sehr wichtig. Wenn man Menschen mit Respekt begegne, bestehe eine große Wahrscheinlichkeit, dass diese den Respekt erwidern.

Er legt dar, dass die Mitarbeiter der Erstaufnahmeeinrichtung auf Nachfrage versichert hätten, dass sie keine Angst vor den Flüchtlingen hätten und aus ihren Erfahrungen auch keinen Anlass dazu sähen. Er betont in Bezug auf die Vorfälle in Köln nachdrücklich, dass es in Osnabrück keine sexuellen Übergriffe durch Flüchtlinge gegeben habe.

Er berichtet im Folgenden ausführlich über die Organisation der Erstaufnahmeeinrichtung am Natruper Holz und die dort gesammelten Erfahrungen.

Er erläutert, dass es ein wichtiges Prinzip sei, dass den Flüchtlingen möglichst früh eine Eigenverantwortung übertragen werde. Aus diesem Grund werde die vorgesehene Selbstversorgung der Flüchtlinge in den Unterkünften am Limberg unterstützt. Daneben seien weitere Angebote für die Flüchtlinge beispielsweise im Bereich Sport oder über eine Fahrradwerkstatt sinnvoll, um den Flüchtlingen eine Möglichkeit zu geben, sich zu beschäftigen.

Ein Bürger erklärt, dass er gerne eine Initiative gründen möchte, die zusammen mit Flüchtlingen Fahrräder repariert und für Flüchtlinge zur Verfügung stellt. Er legt dar, dass bereits ein paar Personen bei der Umsetzung des Projektes helfen wollen. Interessierte, die das Projekt unterstützen wollen, könnten sich nach der Sitzung gerne bei ihm melden. Er erläutert, dass versucht werden könne, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben anzusprechen und anzufragen, ob ein Raum oder eine kleine Halle auf dem Gelände am Limberg für die Einrichtung eines kleinen Sammellagers und einer Werkstatt zur Verfügung gestellt werden könne. Derzeit würden die Aktivitäten in der Werkstatt des Gemeinschaftszentrums Lerchenstraße durchgeführt. Die Idee hinter dem Projekt sei es, Begegnungen zu ermöglichen und weitere Personen zum Mitmachen zu animieren.

Er spricht die regelmäßige Versteigerung von Fahrrädern vom Bahnhofsvorplatz und von Fundfahrrädern an. Er fragt, ob eine bevorzugte Weitergabe von Fahrrädern zur Nutzung durch die Initiative möglich sei. Er erklärt, dass er gerne bereit sei, mit anderen aktiven Projekten und Initiativen zusammenzuarbeiten.

Herr Freisel erklärt, dass das Thema mit dem Fundbüro besprochen werden könne. Außerdem regt er an, die Möwe zu kontaktieren.

Herr Lanver berichtet, dass er bereits eine kleine Fahrradwerkstatt für Flüchtlinge betreibe und eine Kooperation mit anderen Interessierten begrüßt würde. Er berichtet, dass er bereits mit dem Fundbüro über die Möglichkeit einer Überlassung von Fahrrädern gesprochen habe, die bei den Fundfahrradversteigerungen keinen Bieter finden. Nach Aussage des Fundbüros seien diese Fahrräder in einem sehr schlechten Zustand und nicht mehr verwertbar.

Herr Cheeseman weist darauf hin, dass auf dem ehemaligen Kasernengelände am Limberg einige leerstehende Gebäude vorhanden seien, die eventuell für die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt genutzt werden könnten. Die Gebäude könnten sich außerdem für weitere Nutzungen eignen.

Herr Bruns erklärt, dass er der Schulleiter des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums sei. Er berichtet, dass an der Schule Schüler aus bis zu 53 Ländern unterrichtet werden. Die Integration von Menschen mit vielen verschiedenen Hintergründen sei möglich, allerdings sei es nicht so einfach, wie es von manchen Personen behauptet werde. Gerade Kinder seien zum Teil sehr engagiert. Allerdings müsse ihnen eine Chance gegeben werden, sich zu entwickeln. Die wichtigsten Voraussetzungen hierfür seien Bildung und Sprache. Er erklärt, dass es erforderlich sei, dass die Stadt Osnabrück in den Ausbau der Schulanagebote investiert. Dies sei auch vor dem Hintergrund sinnvoll, dass es an einigen Schulen in absehbarer Zeit wieder 13. Jahrgänge geben werde. Er weist darauf hin, dass viele Schulen voll belegt seien und kaum Kapazitäten zur Aufnahme von weiteren Schülern hätten.

Herr Fleßner erkundigt sich, wie lange die Unterkünfte am Limberg voraussichtlich genutzt werden sollen. Er fragt, ob der Sanierungsaufwand erforderlich sei, wenn die Unterkünfte nur für eine kurze Zeit genutzt würden.

Herr Oberbürgermeister Griesert erklärt, dass noch keine Aussagen zu der Dauer der Nutzung der Unterkünfte getroffen werden könnten. Er legt dar, dass der Bund für die Nutzung von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen rechtliche Erleichterungen festgelegt habe, die bis zum Jahr 2019 befristet seien. Die weitere politische Entwicklung in der Flüchtlingssituation könne vom jetzigen Standpunkt aus nicht vorhergesagt werden. Er weist nochmals darauf hin, dass die Sanierung der Unterkünfte durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben finanziert werde. Dies stelle eine Entlastung der Stadt dar.

Frau Strangmann erklärt, dass sie Sprecherin des Runden Tisches Dodesheide sei. Im Runden Tisch seien viele vor Ort aktive Institutionen und Bürger vertreten. Sie bittet darum, seitens der Stadt Kontakt mit dem Runden Tisch aufzunehmen und diesen über die weitere Entwicklung zu informieren. Sie weist darauf hin, dass es demnächst einen gemeinsamen Termin mit dem SSC Dodesheide geben werde. Sie bittet darum, dass auch Vertreter der Stadt an dem Termin teilnehmen. Interessierte Bürger können sich über den Termin im Gemeindezentrum Lerchenstraße informieren.

Sie berichtet, dass von vielen Bürgern, die ein Interesse an der ehrenamtlichen Unterstützung der Flüchtlinge haben, der Wunsch geäußert werde, sich stadtteilbezogen engagieren zu können. Sie regt aus diesem Grund an, in das Formular der Freiwilligenagentur eine Rubrik aufzunehmen, in der angegeben werden kann, dass man sich vorrangig in einem bestimmten Stadtteil engagieren möchte.

Herr Kunze legt dar, dass auch Gemeinschaftsräume eingerichtet werden sollen. Diese werden kenntlich gemacht und können für verschiedene Aktivitäten genutzt werden. Er erklärt, dass in Zukunft auch ein stadtteilbezogenes, ehrenamtliches Engagement von Bürgern an dem Standort möglich sein werde. Er betont allerdings, dass die Unterkünfte am Limberg noch nicht belegt seien und derzeit noch keine ehrenamtliche Unterstützung erforderlich sei.

Herr Freisel bittet darum, den Termin der nächsten Sitzung des Runden Tisches an die Bürgerberatung weiterzugeben. Er erklärt, dass die Bitte, stadtteilbezogenes, ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen, aufgenommen werde. Er regt an, dass sich Personen, die eine Initiative gründen wollen sowie Projekte oder Veranstaltungen zur Unterstützung von Flüchtlingen durchführen wollen, bei der Freiwilligen-Agentur melden. Die Freiwilligen-Agentur könne Interessierte beraten und andere Personen auf die vorhandenen Aktivitäten hinweisen.

Herr Sabelhaus berichtet, dass bereits ein Kontakt mit dem Runden Tisch bestehe. Er weist in diesem Zusammenhang auf das Projekt „Jugend stärken im Quartier“ im Bereich Dodesheide-Ost hin. Er erklärt, dass es im Interesse der Stadt sei, Initiativen und Projekte vor Ort in den Stadtteilen zu unterstützen.

Ein Bürger erklärt, dass er noch keinen direkten Kontakt zu Flüchtlingen gehabt habe. Er dankt aus diesem Grund für den Bericht über die Verhältnisse in der Erstaufnahmeeinrichtung am Natruper Holz. Er legt dar, dass es wichtig sei, die Sorgen der Menschen zu beachten, auch wenn diese zum Teil unbegründet seien. Aus diesem Grund begrüße er die Absicht der Polizei, verstärkt Präsenz zu zeigen und regt die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes an.

Ein Bürger erklärt dass die Stadt eine Vorbildfunktion wahrnehme und erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob die Stadt beabsichtige, Flüchtlinge einzustellen.

Herr Sabelhaus legt dar, dass es sich bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen um ein komplexes Thema handele. Er berichtet, dass derzeit innerhalb der Verwaltung die Durchführung eines Projektes geprüft werde, in welchem Flüchtlinge an Berufe herangeführt

werden sollen, die in der Stadtverwaltung vorhanden sind. Ziel sei es, Hürden abzubauen und eine Vermittlung von Flüchtlingen auf Ausbildungs- oder Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Er weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung eine interkulturelle Personalentwicklung umsetze. Der Anteil der bei der Stadt angestellten Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund sei steigend. Der Anteil der Verwaltungsmitarbeiter mit Migrationshintergrund sei zwar noch nicht optimal, jedoch sei der Anteil vergleichsweise gut und solle in den nächsten Jahren weiter vergrößert werden.

Ein Bürger berichtet, dass im Bereich Dodesheide-Ost ein sozialer Brennpunkt vorhanden sei. Stadtverwaltung und Polizei müssten hier Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation ergreifen. Er kritisiert außerdem, dass es noch keinen sichtbaren Fortschritt in Bezug auf die vorgesehenen Baumaßnahmen am Limberg gebe.

Herr Oberbürgermeister Griesert erklärt, dass die Planungen für die zukünftige Nutzung des ehemaligen Kasernengeländes am Limberg weiter vorangeschritten seien. Es sei sinnvoll, die ehemaligen Kasernengelände nicht gleichzeitig weiterzuentwickeln, sondern Schritt für Schritt ihrer neuen Nutzung zuzuführen.

Er erklärt, dass die Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung in Hesepe eine andere sei als in der Stadt Osnabrück. In der Erstaufnahmeeinrichtung würden gleichzeitig Flüchtlinge mit vielen unterschiedlichen Hintergründen untergebracht. Bei der Unterbringung der Flüchtlinge durch die Stadt werde immer geprüft, welche Gruppen gemeinsam untergebracht werden können und wo Konflikte auftreten könnten.

Herr Weisleder berichtet, dass der Bereich Dodesheide-Ost Bestandteil des Förderprogrammes „Jugend stärken im Quartier“ sei. Durch das Programm solle insbesondere die Situation von Jugendlichen verbessert werden und ein Beitrag zur Verbesserung der Situation in dem genannten Bereich geleistet werden.

Eine Bürgerin berichtet, dass sie in der Erstaufnahmeeinrichtung in Bramsche/Hesepe gearbeitet habe. Sie erklärt, dass sie keine Probleme mit dem Verhalten der Flüchtlinge gehabt habe. Die Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung seien ihr gegenüber immer sehr freundlich begegnet. Dies gelte auch für den Zeitraum der starken Überbelegung im vergangenen Jahr. Aus ihrer eigenen Erfahrung seien deshalb die von einigen Personen geäußerten Sorgen unbegründet.

Frau Jabs-Kiesler dankt den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und den zur Unterstützung der Flüchtlinge aktiven Institutionen für ihre Arbeit. Sie sei froh, dass die Unterbringung der Flüchtlinge in Osnabrück so positiv gestaltet werde. Sie weist auf ein geplantes Projekt des Kleingärtnervereins Deutsche Scholle e.V. hin. Flüchtlingen solle ermöglicht werden, sich in die Aktivitäten des Vereins einzubringen und gärtnerisch tätig zu werden. Sie erklärt, dass sicherlich auch andere Vereine Möglichkeiten hätten, ähnliche Projekte umzusetzen.

Eine Bürgerin berichtet, dass sie seit zwei Jahren im Bereich der Flüchtlingssozialarbeit tätig sei und noch keine negativen Erfahrungen im Kontakt mit den Flüchtlingen gemacht habe. Viele Flüchtlinge seien dankbar für die geleistete Unterstützung.

Herr Rolf vom Fachbereich Städtebau berichtet, dass die Planungen für das ehemalige Kasernengelände weiter vorangetrieben würden. Die Umsiedlung der KiTa an den neuen Standort sei bereits ein erster Schritt der Umsetzung. Er erklärt, dass im Zusammenhang mit der Einrichtung der Flüchtlingsunterkünfte darauf geachtet werde, dass keine unnötigen Maßnahmen umgesetzt würden. Es werde darauf geachtet, dass keine Konflikte zu der später vorgesehenen Nutzung des Geländes entstehen.

Er legt dar, dass es erfreulich sei, dass viele Bürger eine schnelle Realisierung der Planungen befürworten würden. Allerdings handele es sich um ein großes Gelände. Die Planungen zur Erschließung des Geländes einschließlich der Energieversorgung seien zeitaufwendig und komplex. Hinzu komme, dass auf dem Gelände aufgrund der vorherigen Nutzungen Altlasten vorhanden seien, deren Ausmaß ermittelt werden müsse. Er weist darauf hin, dass aktuell zunächst die Planungen für den Standort der Landwehrkaserne realisiert werden sollen.

Ein Bürger regt an, den Zaun, der um das ehemalige Kasernengelände verläuft, abzubauen. Durch den Zaun würden die Flüchtlinge abgeschottet.

Herr Oberbürgermeister Griesert erklärt, dass das ehemalige Kasernengelände am Limberg im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sei. Diese habe als Eigentümerin eine Verkehrssicherungspflicht für das Grundstück, welche durch den Zaun gewährleistet werde. Er betont, dass der auf dem Zaun aktuell noch vorhandene „Natodraht“ entfernt werden solle.

Er erläutert zum Thema Wohnen, dass der Rat eine Wachstumsoffensive gestartet habe. Es sei beabsichtigt, circa 2500 neue Wohneinheiten zu schaffen. Dies sei jedoch schwer zu realisieren. Nach derzeitigem Stand sei bis zum Jahr 2030 die Schaffung von etwa 5000 bis 6000 neuen Wohneinheiten erforderlich, um den wachsenden Bedarf zu decken. Es reiche jedoch nicht aus, ausschließlich neuen Wohnraum zu schaffen. Um weitere Bürger anzuziehen und in Osnabrück zu binden sei unter anderem die Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich. Dies könne durch die Ausweisung von Gewerbeflächen gefördert werden. Er erklärt, dass im Stadtgebiet vergleichsweise wenige Gewerbeflächen vorhanden seien.

Die verschiedenen ehemaligen Kasernengelände seien in einem Prozess einzeln untersucht worden. Es sei für jeden einzelnen Konversionsstandort geprüft worden, welche Nutzungen aufgrund der gegebenen Lagequalitäten am sinnvollsten seien. Er erläutert, dass eine sportliche Nutzung des Geländes am Limberg nicht möglich gewesen wäre, wenn dort auch Bereiche für Wohnbebauung vorgesehen worden wären.

Ein Bürger kritisiert, dass am Standort am Limberg neue Sportflächen geschaffen werden sollen, die nicht erforderlich seien, während am Standort Landwehrkaserne der vorhandene Hockeysportplatz abgebaut werden solle.

Ein Bürger legt dar, dass seitens einiger Bürger für die Entwicklung des ehemaligen Kasernengeländes am Limberg die Bereitstellung der Fläche zur Schaffung von Wohnbebauung gewünscht worden sei. Die damalige Aussage der Stadtverwaltung sei gewesen, dass nach dem Abzug der Briten keine weitere Wohnbebauung erforderlich sei. Er weist darauf hin, dass in der Neuen Osnabrücker Zeitung berichtet worden sei, dass es einen großen Bedarf an Wohnraum in Osnabrück gebe. Er kritisiert aus diesem Grund, dass auf dem Gelände am Limberg keine Wohnbebauung ermöglicht werde.

Herr Oberbürgermeister Griesert erklärt, dass Sportanlagen nach den heutigen rechtlichen Gegebenheiten nicht mehr in direkter Nähe zu Wohnbebauung gebaut werden könnten. Der Rat der Stadt müsse deshalb in Planungsprozessen oftmals eine Abwägungsentscheidung treffen, welche Nutzungen an einem Standort ermöglicht werden sollen. Wenn an einem Standort Sportanlagen vorhanden seien, könne Wohnbebauung nur in einem größeren Abstand von diesen realisiert werden. Im Bereich der Landwehrkaserne sei die Abwägungsentscheidung zugunsten von Wohnbebauung getroffen worden. Für das ehemalige Kasernengelände am Limberg sei die Entscheidung zugunsten einer gewerblichen Nutzung in Kombination mit einer Nutzung eines Teilbereiches für sportliche Zwecke getroffen worden. Er erklärt, dass diese Entscheidung auch vor dem Hintergrund des vorhandenen Bedarfes an Wohnraum sinnvoll sei. Um die Attraktivität der Stadt zu erhalten und zu steigern sei nicht nur die Bereitstellung von Wohnraum erforderlich, sondern

es müssten auch weitere Angebote geschaffen werden. Hierzu zähle auch die Bereitstellung von Gewerbeflächen im Stadtgebiet.

Frau Schiltmeyer fasst die bisher behandelten Themen kurz zusammen und fragt, ob es noch weitere Fragen seitens der anwesenden Bürger gibt.

Auf die Frage eines Bürgers, ob Flüchtlinge einen kostenlosen Ausweis zur Nutzung des städtischen ÖPNV erhalten, erklärt Herr Oberbürgermeister Griesert, dass die der Stadt zur Unterbringung zugewiesenen Flüchtlinge keine derartigen Ausweise erhalten. Für die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes könne es jedoch abweichende Regelungen geben.

Der Bürger regt an, die Bushaltestelle Ickerweg näher zum Eingang des ehemaligen Kasernengeländes zu verlegen.

Herr Oberbürgermeister Griesert erläutert, dass die Verlegung der Bushaltestelle geprüft werde. Eine Verlegung sei jedoch eher unwahrscheinlich.

Er gibt abschließend einen kurzen Ausblick über die weitere Entwicklung. Das bereits bezugsfertige Gebäude 41 (siehe Anlage, kleiner Kreis) werde voraussichtlich im Laufe des nächsten Monats sukzessive belegt. Die übrigen Unterkünfte werden wahrscheinlich frühestens im Sommer belegt. Er weist darauf hin, dass für den 07. Juni 2016 die nächste Sitzung für das Bürgerforum Dodesheide, Haste, Sonnenhügel angesetzt ist und dort unter dem Punkt Stadtentwicklung im Dialog über die weitere Entwicklung berichtet werde.

Herr Sabelhaus weist auf die geplante Flüchtlingskonferenz hin, die am 12. März 2016 in der Lagerhalle stattfinden wird. Im Rahmen des Termines werde die Arbeit der Verwaltung und der freien Träger vorgestellt.

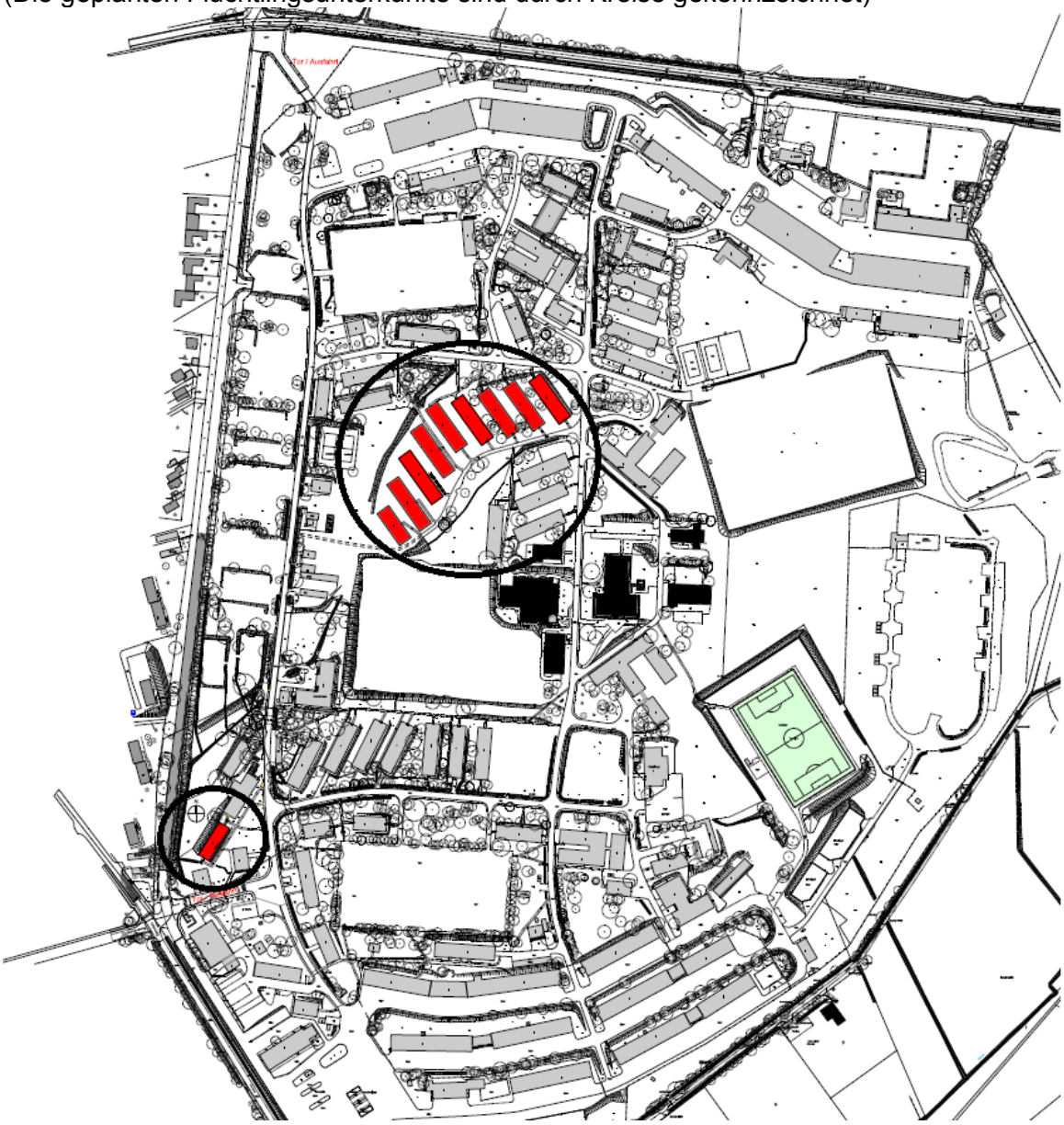
Eine Bürgerin legt dar, dass Personen, die bislang noch keinen Kontakt zu Flüchtlingen gehabt hätten oder bei denen Unsicherheiten beständen, selbst aktiv werden können, indem sie sich engagieren. Auf diesem Weg könnten falsche Vorstellungen und Unsicherheiten abgebaut werden. Sie ruft dazu auf, sich positiv mit der Situation auseinanderzusetzen.

2. Anregungen und Wünsche (TOP 2)

Es wurden keine Anregungen oder Wünsche geäußert.

Herr Oberbürgermeister Griesert dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Dodesheide, Haste, Sonnenhügel für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung und den Gästen für die Berichterstattung. Er bedankt sich außerdem bei den beiden Moderatorinnen für die Leitung der Sitzung. Er weist abschließend darauf hin, dass es sich bei der heutigen Sitzung um das 250. Bürgerforum seit der flächendeckenden Einführung der Bürgerforen im Stadtgebiet handele.

Gödecke
Protokollführer

Anlage – Lageplan ehemaliges Kasernengelände am Limberg

Lageplan ehemaliges Kasernengelände am Limberg
(Die geplanten Flüchtlingsunterkünfte sind durch Kreise gekennzeichnet)